



Industrie- und Handelskammer
zu Köln



Energiepolitik ist Standortpolitik!

11 Energiepolitische Positionen der Industrie
für den Wirtschaftsstandort Köln

Impressum

Herausgeber Industrie- und Handelskammer zu Köln
Unter Sachsenhausen 10 – 26, 50667 Köln
Internet: www.ihk-koeln.de

Verantwortlich Christi Degen

Redaktion Anke Schweda (Energiepolitik, Interviews, Statements)
Dr. Matthias Mainz (Umfrage)
Kathrin Hoffmann (Interviews, Statements)
Andrea Czerwionke

Kontakt Dipl.-Volksw. Anke Schweda
Leiterin Energie und Umwelt
E-Mail: anke.schweda@koeln.ihk.de
Telefon: 0221 1640 – 503
Fax: 0221 1640 – 509

Layout und Grafiken Aclewe GmbH Werbeagentur, Köln

Köln, Mai 2012

Inhalt

- 4 Energiepolitik ist Standortpolitik!
- 6 IHK Köln und Energiepolitik:
Für eine starke Wirtschaft

7 11 Energiepolitische Positionen der Industrie für den Wirtschaftsstandort Köln

- 8 1. Energiewende benötigt ein wirtschafts-
freundliches Energiekonzept
- 9 2. Stromausfälle und Spannungsschwankungen
im Netz sind nicht hinnehmbar
- 9 3. Rahmenbedingungen für rheinische
Braunkohle im Energiemix stärken
- 10 4. Gesellschaftliche Akzeptanz für neue
Kraftwerke und Netzausbau stärken
- 10 5. Förderung der erneuerbaren Energien auf den
finanziellen Prüfstand stellen
- 11 6. Ausstieg aus der Kernenergie wirtschaftlich
vertretbar gestalten
- 11 7. Grenzüberschreitenden Stromhandel für
effiziente Stromversorgung ausbauen
- 12 8. Staatliche Abgaben auf den Strompreis
dringend reduzieren
- 12 9. Gesetzgebung für Klimaschutz techno-
logieorientiert gestalten
- 13 10. Förderung der Energie- und Klimaforschung
technologieoffen ausbauen
- 13 11. Produktionsbetriebe setzen auf Maßnahmen
zur Steigerung der Energieeffizienz

14 Ergebnisse der Energieumfrage

- 15 Energiekosten als zentrales Risiko für den
Standort
- 15 Hohe Bedeutung der Stromkosten für die
Geschäftstätigkeit
- 16 Unternehmen optimieren Stromeinsatz
- 19 Energiewende als Kostentreiber

20 Die Stimmen der Industrie

- 21 Alfred H. Schütte GmbH & Co. KG, Köln
- 21 Glock-Druck GmbH, Köln
- 22 INEOS Köln GmbH, Köln
- 22 InfraServ GmbH & Co. Knapsack KG, Hürth
- 23 Krüger GmbH & Co. KG, Bergisch Gladbach
- 23 Klaus Kuhn Edelstahlgießerei GmbH,
Radevormwald
- 24 Polytron Kunststofftechnik GmbH & Co. KG,
Bergisch Gladbach
- 24 W. Willpütz Kunststoffverarbeitungs
GmbH, Köln

25 Die Stimmen der Energieversorger

- 26 RheinEnergie AG, Köln
- 26 RWE Power AG, Köln und Essen

27 Zur Umfrage

Energiepolitik ist Standortpolitik!



Mit der Energiewende hat die Bundesregierung im Juni 2011 den Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 ebenso beschlossen wie den erheblich beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien. Sollte dieser radikale politische Kurswechsel erfolgreich umgesetzt werden, so werden sich die Energieversorgungsstrukturen und die Branchenstruktur im Wirtschaftsraum der IHK Köln grundlegend verändern. Weite Teile der Öffentlichkeit haben noch nicht wahrgenommen, dass mit den Zielen der Energiewende auch ein fundamentaler Umbruch der Wirtschaftsstrukturen und der Lebensweise verbunden sein wird.

„Den Erneuerbaren gehört die Zukunft, das ist politisch gesetzt. Wir werden aber mit unseren Produkten auf internationalen Märkten den Anschluss verloren haben, wenn 2022 das letzte Kernkraftwerk in Deutschland vom Netz geht. Eine wettbewerbsfähige und sichere Energieversorgung kann für Deutschland nur gelingen, wenn die verbleibenden 10 Kernkraftwerke bedeutend länger laufen und nicht durch politische Maßnahmen zusätzlich belastet werden.“

Willibert Krüger, Geschäftsführender Gesellschafter der Krüger GmbH & Co. KG, Bergisch Gladbach

Die Kosten der Energiewende, die von Wirtschaft und Gesellschaft bis 2030 zu tragen sind, werden von Experten auf mehr als 330 Milliarden Euro¹ für diesen infrastrukturellen Kraftakt geschätzt: Förderzusagen für erneuerbare Energien, Netzausbau, Speicherkapazitäten sowie Investitionen in neue Kraftwerke.

Angesichts dieses energiepolitischen Szenarios, der damit zu erwartenden ordnungspolitischen Eingriffe in die Energiemärkte und der zu erwartenden Strompreissteigerungen, sind viele Vorstände und Geschäftsführer produzierender Unternehmen in der Wirtschaftsregion der IHK Köln alarmiert und es wächst die Sorge über die Realisierbarkeit und die wirtschaftlichen Folgen einer solchen Energiepolitik. Die industrielle Wirtschaft fürchtet um die Versorgungssicherheit und erwartet enorme Kostensteigerungen sowie steigende Stromausfälle und Spannungsschwankungen im Netz. Darunter leidet die Attraktivität des Standorts für Industriebetriebe schon jetzt erheblich. Neu- und Ersatzinvestitionen der Industrie werden in Frage gestellt. Dieser schleichende Prozess hat Folgen für alle vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen: vom Bezug der Vorprodukte bis hin zu Dienstleistungen des Einzelhandels, im Service oder in der Gastronomie. Das sind spürbare Verluste für den Wirtschaftsstandort und die Lebensqualität in Köln.

Der Wirtschaftsstandort der IHK Köln soll auch in Zukunft ein starker Industrie- und Dienstleistungsstandort bleiben: 810.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in 148.000 Unternehmen in einem vielfältigen Branchenmix müssen auf eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung vertrauen können. Die 4.250 Industrieunternehmen erwirtschaften einen Umsatz von 55 Mrd. Euro, die Exportquote liegt über 50 Prozent². Dieser Wirtschaftsstandort muss für alle Unternehmen weiterhin attraktiv sein. Das sichert den Wohlstand der Region Köln. Ökonomie und Umwelt müssen darin eine gleichwertige Berücksichtigung finden.

Gerade für produzierende Gewerbebetriebe muss mit der deutschen Energiewende gleichzeitig die internationale Wettbewerbsfähigkeit langfristig erhalten bleiben. Energie- und klimapolitische Ziele müssen maßvoll und im Einklang mit der Wirtschaft umgesetzt werden, um Wohlstand und Arbeitsplätze nicht nachhaltig zu gefährden. Ein schrittweiser Ausstieg aus der Kernenergie kann nur gelingen, wenn der Anteil der erneuerbaren Energien sowie die weitere Nutzung fossiler Energieträger zur Sicherung der Grundlast dies zu wirtschaftlich vertretbaren Rahmenbedingungen ermöglicht. Eine Senkung der CO₂-Emissionen führt nur dann zu nachhaltigen Verbesserungen des Klimas, wenn

„Energiekosten müssen für mein Unternehmen planbar und kalkulierbar sein. Das NRW-Klimaschutzgesetz baut – zusätzlich zur Energiewende – weitere bürokratische Hürden auf und macht den Industriestandort NRW nicht attraktiver. Im Gegenteil: Im Wettbewerb mit anderen Bundesländern wird die Industrie benachteiligt. Das wird Arbeitsplätze kosten. Kurz: Das Klimaschutzgesetz ist gut gemeint, aber übertrieben.“

Maryo Fietz, Geschäftsführender Gesellschafter der Fietz Kunststofftechnik GmbH, Burscheid

dies im internationalen Konsens geschieht. Dafür sind alle politischen und technologischen Möglichkeiten zu realisieren, die zu einer Verbesserung des Klimas beitragen und im industriellen Maßstab angewendet werden können.

Das gilt auch im Hinblick auf das Land Nordrhein Westfalen: Landeseigene Energie- und Klimaschutzziele dürfen die Wirtschaft in NRW im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht benachteiligen und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts NRW im Ländervergleich gefährden.

Aus Sicht der Industrieunternehmer der IHK Köln muss es das oberste Ziel eines Umbaus der Energieversorgung sein, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu jedem Zeitpunkt zu erhalten. Die Voraussetzungen dafür sind Versorgungssicherheit auf höchstem Niveau und wettbewerbsfähige Strompreise. Einzelne Unternehmen können aber nur bedingt auf diese energiepolitischen Rahmenbedingungen einwirken. Eine wirtschaftspolitische Interessenvertretung, wie sie die IHK Köln für alle gewerblichen Unternehmen bietet, ist hier das gemeinsame Instrument, wenn wir gezielte Standortpolitik für Köln betreiben wollen. Und Energiepolitik ist Standortpolitik!

Im Frühsommer 2011 haben wir durch die Katastrophe in Fukushima erlebt, wie schnell in Deutschland gravierende energiepolitische Entscheidungen getroffen werden können. Die Bedeutung des Restrisikos der Kernenergie hat die Medien beherrscht und landes- und bundespolitische Entscheidungen tiefgreifend verändert. Doch aus Sicht der produzierenden Gewerbetreibenden im Wirtschaftsraum der IHK Köln

wurde die Fragestellung nicht überzeugend beantwortet, welche Energieträger an die Stelle der Kernenergie treten sollen. Denn der sprunghafte Ausbau der erneuerbaren Energien und der notwendigen fossilen Grundlastkraftwerke scheint mehr Wunsch als dies realistisch möglich ist. Die Kölner Industrieunternehmer wünschen sich diesbezüglich deutlich mehr energiepolitische Sachlichkeit und Realität.

Die Vorstände und Geschäftsführer produzierender Unternehmen der Wirtschaftsregion der IHK Köln bieten an, gemeinsam mit Politik und Öffentlichkeit eine tiefgreifende Diskussion zur Bedeutung einer wettbewerbsfähigen Energieversorgung für die Wirtschaft zu führen. Die Energiewende bietet sicherlich auch eine Chance für Innovationen und neue Technologien, insbesondere zur Reduzierung von CO₂-Emissionen und zum Schutz des Klimas. Hier kann die Kölner Wirtschaft ihre Technologieführerschaft stärken und Arbeitsplätze sichern, doch zunächst sollte die Energieversorgung gesichert werden.

Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Die produzierenden Unternehmer der IHK Köln lehnen die Energiewende nicht ab, sondern beziehen eine konstruktiv kritische Position. Deutschland braucht nicht nur Mut für große Ziele, sondern auf dem Weg dorthin auch den Mut für notwendige Korrekturen.

Paul Bauwens Adenauer
Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Köln

„Die Energiewende wurde Anfang Juni 2011 beschlossen. Für mich ist bis heute noch kein Lösungsvorschlag erkennbar, der dazu beitragen wird, die hochgesteckten Ziele zu erreichen. Das halte ich politisch für unglaubwürdig.“

Carl-Martin Welcker, Geschäftsführer der Alfred H. Schütte GmbH & Co. KG, Köln

¹ Quelle: Technische Universität Berlin 2011

² Quelle: Statistisches Bundesamt 2011

IHK Köln und Energiepolitik: Für eine starke Wirtschaft



Die Erfolge der Wirtschaft in der Region Köln beruhen – neben dem persönlichen Geschick eines jeden Unternehmers – auf wirtschaftsfreundlichen Standortbedingungen. Dazu gehört immer mehr auch eine sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen.

Zu den Aufgaben der IHK Köln gehört es, die Bedingungen des Wirtschaftens in der Region Köln zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft weiter auszubauen. Gerade energiepolitische Rahmenbedingungen machen deutlich, wie sinnvoll eine gesamtwirtschaftliche Interessenvertretung ist. Denn der einzelne Unternehmer hat kaum Möglichkeiten, seine Interessen bei energiepolitischen Gesetzen und Verordnungen der Landes- und Bundesregierung wirkungsvoll zu artikulieren. Dass die IHK-Organisation für 2012 das Jahresthema „Energie und Rohstoffe für morgen“ ausgerufen hat, verdeutlicht einmal mehr, welche Bedeutung die Versorgungssicherheit für die deutsche Wirtschaft hat.

Im Herbst 2011 hat die Unternehmerschaft der IHK Köln angeregt, verstärkt für die energiepolitischen Interessen produzierender Unternehmen einzutreten und wirkungsvoll zu kommunizieren. In verschiedenen Veranstaltungen und Workshops haben Vorstände und Geschäftsführer der industriellen Wirtschaft der IHK Köln intensiv mit Experten

und Politikern über die so genannte Energiewende und die energiepolitischen Interessen der Wirtschaft diskutiert. In Einzelgesprächen und Interviews mit Unternehmern im Dezember 2011 und Januar 2012 hat die IHK Köln die Stimme der Industrie darüber hinaus gebündelt. Gemeinsam mit vielen Unternehmern wurden aufbauend auf diesen Ergebnissen die vorliegenden 11 Positionen der Industrie für den Wirtschaftsstandort Köln erarbeitet. Ebenso hat die IHK Köln eine breit angelegte Befragung der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes im gesamten IHK Bezirk Köln durchgeführt. Die Ergebnisse zeichnen ein realistisches Bild der Belastungen der mittelständischen Industrie durch steigende Strompreise.

Die vorliegenden Positionen sind im intensiven Dialog mit den Industrieunternehmern der IHK Köln erarbeitet und am 14. März 2012 von der Vollversammlung der IHK Köln, dem von der Unternehmerschaft gewählten Parlament der Wirtschaft, verabschiedet worden.

Mein besonderer Dank gilt allen Unternehmerinnen und Unternehmern, die sich für eine energiepolitische Interessenvertretung einsetzen und sich engagiert haben, um die vorliegende Broschüre zu ermöglichen. Die Broschüre ist eine Grundlage, um die energiepolitischen Interessen der Industrie im Wirtschaftsraum der IHK Köln wirkungsvoll gegenüber Politik und Gesellschaft vertreten zu können. Denn: Energiepolitik ist Standortpolitik!

Ulf C. Reichardt
Hauptgeschäftsführer
der Industrie- und Handelskammer zu Köln

11 Energiepolitische Positionen der Industrie für den Wirtschaftsstandort Köln



Die industrielle Unternehmerschaft im Wirtschaftsraum der IHK Köln ist beunruhigt: Der Einfluss der Energieversorgung auf die Geschäftstätigkeit ist enorm angestiegen und die Entwicklung der Energiepreise ist der Hauptrisikofaktor in den Augen der Industrieunternehmer. Ebenso wächst die Sorge um die Umsetzbarkeit der politischen Ziele der Energiewende und den damit verbundenen Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft. Energiepolitisches Ziel Nummer Eins dieser Unternehmer ist der Erhalt einer wettbewerbsfähigen Energieversorgung, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts zu gewährleisten. Die Unternehmerschaft bezweifelt, dass der geplante Ausbau der erneuerbaren Energien und der Versorgungsnetze wirtschaftspolitisch erfolgreich sein kann.

Die Region Köln ist durch eine hochmoderne, innovative und international wettbewerbsfähige Industriestruktur geprägt: Automotive, Maschinenbau-, Metall- und Chemiewirtschaft tragen ebenso dazu bei wie eine leistungsstarke Energiewirtschaft. Sie sind Fortschrittmotor, Konjunkturstütze und Impulsgeber für Köln und weit darüber hinaus.

Für eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung fordern die Industrieunternehmen zunächst deutlich mehr Sachorientierung und wirtschaftspolitische Rationalität in der energiepolitischen Diskussion. Im zweiten Schritt wünschen sie sich mehr Einsicht in die verschiedenen Auswirkungen der Energiewende und entschlossenes Handeln im Sinne des Wirtschaftsstandorts. Im Einzelnen heißt das:

1

Energiewende benötigt ein wirtschaftsfreundliches Energiekonzept

Die Ziele der Energiewende sind politisch klar formuliert und ambitioniert gesteckt. Ein Gesamtplan, der Zwischenziele festlegt, sowie ein professionelles und entschlossenes Projektmanagement fehlen jedoch ebenso wie Details zur Finanzierung. Die Politik muss schleunigst Transparenz darüber schaffen, welche enormen Investitionen und gravierenden strukturellen Änderungen auf die deutsche Wirtschaft und Bevölkerung zukommen. Ebenso muss sich die Politik an ihren Erfolgen messen lassen.

2

Stromausfälle und Spannungsschwankungen im Netz sind nicht hinnehmbar

Für die erfolgreiche Wirtschaft, insbesondere der Industrie im IHK Bezirk, ist eine sichere und qualitativ hochwertige Stromversorgung unentbehrlich. Stromausfälle und Spannungsschwankungen im Netz führen zu Produktionsausfällen, Anlagenstillständen und hohen finanziellen Einbußen in vor- und nachgelagerten Wirtschaftsstufen sowie zu nachhaltigen Imageschäden für den Standort. Die Wirtschaft muss sich auf Energieversorgungsstrukturen verlassen können, die eine stabile Versorgung gewährleisten. Viele produzierende Unternehmen investieren vermehrt in die eigene Energieversorgung, um diese Risiken zu reduzieren.

„Die Industrie hat Deutschland aus der Krise geholfen und bildet das Rückgrat für den Wohlstand in unserem Land. Steigende Energiepreise und der einseitig auf Europa beschränkte Handel mit CO₂-Zertifikaten gefährden die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Branche. Ressourcenschonung und Klimaschutz sind eine globale Herausforderung. Globale Lösungen sind deshalb dringend geboten.“

Dr. Patrick Giefers, Geschäftsführer der INEOS Köln GmbH, Köln

Die rheinische Braunkohle ist das größte Braunkohlerevier Europas: 50 Prozent der deutschen Braunkohle wird hier gefördert und 50 Prozent der deutschen Stromerzeugung aus Braunkohle wird hier produziert. In NRW hat die rheinische Braunkohle einen Anteil an der Stromversorgung von mehr als 41 Prozent.³ Insgesamt liefert die Braunkohle fast 25 Prozent des in Deutschland erzeugten Stroms.⁴ Als einziger deutscher subventionsfreier Energieträger sichert die heimische Braunkohle die Stromversorgung in der Grundlast unabhängig von anderen fossilen Energieimporten. Für die Sicherung dieser nationalen Energiequelle muss die gesellschaftliche Akzeptanz gesteigert und alle technologischen Möglichkeiten zur Reduzierung der CO₂-Emissionen genutzt werden.

3

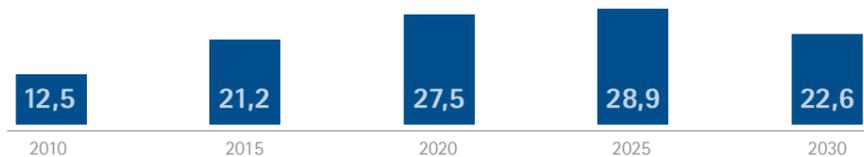
Rahmenbedingungen für rheinische Braunkohle im Energiemix stärken

³ Quelle: IT.NRW, BMWi/AG Energiebilanzen, 2011
⁴ Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2012

Gesellschaftliche Akzeptanz für neue Kraftwerke und Netzausbau stärken

Der Vorrang für erneuerbare Energien und der notwendige Neubau von Kraftwerken zur Gewährleistung einer versorgungssicheren Grundlast erfordert neue Verteilnetze und Versorgungsstrukturen in und um Köln. Die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Köln und der Arbeitsplätze in Industrie und Gewerbe kann nur gelingen, wenn Politik und Bevölkerung eine Veränderung der Versorgungsstrukturen mit allen Konsequenzen akzeptieren und befürworten. Die Umsetzung der Energiewende gelingt nur, wenn industrielle Großprojekte gesellschaftliche Akzeptanz erfahren und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Die Politik muss aufzeigen, wie das gelingen kann. In der energiepolitischen Diskussion bietet die Wirtschaft der IHK Köln ihre Unterstützung für mehr Sachorientierung und Industrieakzeptanz an.

Brutto-Kosten der EEG-Förderung in Deutschland bis 2030 in Mrd. Euro pro Jahr



Quelle: Erdmann 2011

Die erneuerbaren Energien haben einen festen Platz im Energiemix. Alle erneuerbaren Energiequellen erfahren jedoch eine staatliche Subventionierung, die über den Strompreis finanziert wird. Ein Energiemix der Zukunft, der zu volkswirtschaftlichen Zusatzbelastungen in Milliardenhöhe führt, kann langfristig weder von Wirtschaft noch Gesellschaft getragen werden, ohne die Unternehmen und den Lebensstandard in Köln langfristig zu schwächen. Deutschland braucht eine schnelle Reform der Förderung der erneuerbaren Energien, um Wohlstand und internationale Wettbewerbsfähigkeit weiterhin gewährleisten zu können. Das beinhaltet sowohl eine Senkung der garantierten Einspeisevergütung als auch eine Förderung, die sich an Effizienz- und Standortkriterien der einzelnen Energieträger orientiert.

Förderung der erneuerbaren Energien auf den finanziellen Prüfstand stellen

Ausstieg aus der Kernenergie wirtschaftlich vertretbar gestalten

Die deutsche Energieversorgung zeichnete sich bisher durch ihre hohe Versorgungssicherheit aus. Die hohe Netzstabilität und das geringe Stromausfallrisiko liegen im internationalen Vergleich an der Spitze. Die Kernenergie leistet einen erheblichen Beitrag zu diesem hohen Versorgungsstandard. Die geringen Erzeugungskosten wirken sich ebenso kostensenkend auf die Strompreise aus wie die CO₂-freie Produktion. Ein Ausstieg aus der Kernenergie kann nur erfolgreich sein, wenn die Versorgungssicherheit zu wettbewerbsfähigen Strompreisen durch andere Energieträger gewährleistet ist. Diesen Nachweis muss die Politik erbringen.

Der Erfolg des verarbeitenden Gewerbes basiert insbesondere auf einem effizienten internationalen Waren- und Wirtschaftssystem. Auch die Energieproduktion muss diesem bewährten ökonomischen Grundprinzip folgen. Alle Technologien müssen dort eingesetzt werden, wo sie am effizientesten sind, um deren Chancen zur Senkung der Strompreise zu nutzen. Dies gilt insbesondere für die Standortwahl von Anlagen für Wind- und Sonnenenergie. Voraussetzung dafür ist der Ausbau nationaler Stromnetze und Kuppelstellen an den Grenzen. Die deutsche Energiepolitik muss deutlich in den europäischen Kontext gestellt werden und dem Vorbild des EU-Binnenmarktes folgen.

Grenzüberschreitenden Stromhandel für effiziente Stromversorgung ausbauen

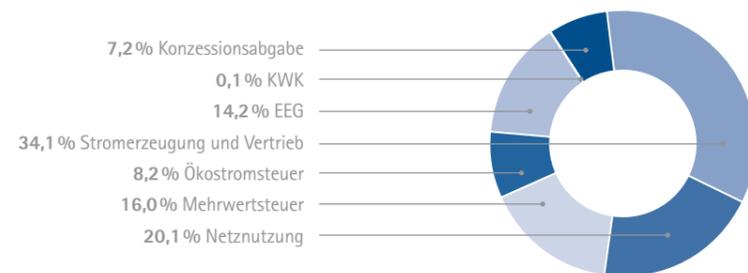
„Die Energiewende bedeutet eine gravierende Veränderung des deutschen Energiemix. Dabei darf die Energieversorgung keine Insellösung sein, sondern braucht ein europäisches Konzept. Das gilt nicht nur für den Ausbau der Netze und der Kuppelstellen. Erneuerbare Energien sollten dort erzeugt werden, wo ihr Einsatz effizient und effektiv ist. Windenergie gehört in windstarke Länder. Solarenergie dorthin, wo den ganzen Tag die Sonne scheint.“

Helmut Weihers, Geschäftsleiter der InfraServ GmbH & Co. Knapsack KG, Hürth

Staatliche Abgaben auf den Strompreis dringend reduzieren

Der Anteil staatlicher Zusatzbelastungen auf den Strompreis beträgt mehr als 45 Prozent. Neben Stromsteuer (Ökosteuern), Konzessionsabgaben sowie Belastungen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) führt darüber hinaus der CO₂-Emissionshandel zu steigenden Strompreisen. Im internationalen Vergleich gefährden diese staatlich induzierten Zusatzkosten den Wirtschaftsstandort. Die Geschäftsleitungen produzierender Unternehmen der Wirtschaftsregion Köln erwarten dringend Lösungen, diese staatlichen Abgaben zu reduzieren.

Zusammensetzung des Strompreises 2011



Quelle: BDEW

Gesetzgebung für Klimaschutz technologieorientiert gestalten

Die Wirtschaftsregion Köln ist ein technologieorientierter Industriestandort und will es auch bleiben. Innovative Lösungen für die Speicherung von Strom sowie für die Abscheidung, Speicherung und innovative Verwendung von CO₂-Emissionen benötigen nachdrücklich politische Rahmenbedingungen, die dazu beitragen, industrierelevante Technologien zu erforschen und zu entwickeln und damit zukünftig die internationale Technologieführerschaft zu sichern. Das gilt insbesondere für CCS- und CCU-Technologien (CCS: Carbon Capture and Storage; CCU: Carbon Capture and Usage). Hierzu verfügt die Region über eine in Europa einzigartige industrielle Expertise, besonders geprägt durch die rheinische Braunkohle.

„Für kleine und mittlere Unternehmen ist eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung ebenso wichtig wie für die energieintensive Großindustrie. Im IHK Bezirk Köln sind das 99 Prozent der Mitgliedsunternehmen. Das muss die Politik berücksichtigen, wenn sie über Wirtschaft redet. Wer die Steigerung von Energieeffizienz von der Wirtschaft fordert, sollte auch Lösungsvorschläge anbieten.“

Fred Arnulf Busen, Geschäftsführer der Polytron Kunststofftechnik GmbH & Co. KG, Bergisch Gladbach

Förderung der Energie- und Klimaforschung technologieoffen ausbauen

Die Energiewende stellt eine besondere Herausforderung dar, da Lösungen für Energiespeicherung und eine wirtschaftliche Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im industriellen Maßstab nicht existieren und auch der fossile Kraftwerkspark mit mehr Effizienz und Flexibilität an die Anforderungen der Energiewende angepasst werden muss. Die Region Köln und das Rheinland verfügen über exzellente Forschungseinrichtungen in allen Bereichen der technologie- und industrieorientierten Energie- und Klimaforschung. Eine Bündelung dieser Aktivitäten sowie eine technologieoffene Forschungsförderung können enorm dazu beitragen, die Region Köln international zum Technologieführer für innovative industrielle Lösungen zu machen. Diese Chancen müssen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam nutzen.

Viele Unternehmen setzen bereits konsequent auf die Steigerung ihrer betrieblichen Energieeffizienz, um Emissionen und Energieverbrauch zu reduzieren und dadurch Kosten zu senken. Nach wie vor gibt es bei Endverbrauchern und in der Wirtschaft ein erhebliches Senkungspotenzial, das vielfach noch unbekannt ist. Gezielte Informationen und Angebote sind notwendig, diese Potenziale zu erkennen und Maßnahmen umzusetzen. Die IHK Köln bietet im Rahmen der Partnerschaft für Klimaschutz, Energieeffizienz und Innovation mit der Bundesregierung umfangreiche Unterstützungen durch Veranstaltungen, Qualifizierungen und Aufschlussberatungen für Unternehmen an. Diese politische Unterstützung ist in der Unternehmenschaft sehr willkommen und sollte fortgesetzt werden.

Produktionsbetriebe setzen auf Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz

Ergebnisse der Energieumfrage

„Strom aus erneuerbaren Energien ist eine ökologische Alternative zu konventionellen Energieerzeugern. Allerdings glauben wir, dass mit der kurzfristig entschiedenen Energiewende die Versorgungssicherheit in der Produktion gefährdet ist und die Preise weiter steigen werden. Ein langsamer, geplanter Ausstieg erscheint sicherer und sinnvoller.“

Frank Lessing, Geschäftsführer der Klaus Kuhn Edelstahlgießerei GmbH, Radevormwald

Energiekosten als zentrales Risiko für den Standort

Zum Jahresbeginn 2012 bewerten 56,5 Prozent der Industrieunternehmen die Entwicklung der Energiepreise als ein zentrales Risiko für die Konjunktur im Rheinland. Immer deutlicher wird, dass diese Unternehmen die Versorgung mit Energie und anderen Rohstoffen zu wettbewerbsfähigen Preisen als strukturellen Nachteil des Standorts Deutschland wahrnehmen. Daher bleibt die Sorge vor steigenden Energiepreisen trotz der drohenden konjunkturellen Abkühlung weiterhin hoch.

Problematisch stellt sich für viele der befragten Unternehmen die Dynamik der Preisentwicklung in den vergangenen Jahren dar. Den Preissteigerungen aber auch den Preissprüngen konnten viele Unternehmen kurzfristig nicht ausweichen. Aufgrund nationaler Besonderheiten sehen sich viele Unternehmen im internationalen Vergleich zudem zunehmend Kostennachteilen ausgesetzt. Auch wenn im Folgenden ausschließlich die Situation im verarbeitenden Gewerbe betrachtet wird, darf nicht aus den Augen verloren werden, dass die Energiepreise nicht allein die Industrie vor Probleme stellt. Zunehmend leiden auch Branchen wie die Logistik (68 Prozent), die Gastronomie (64 Prozent) oder auch der Einzelhandel (38 Prozent) unter den stetigen Preisanstiegen der vergangenen Jahre.⁵

⁵ Quelle: Konjunkturbarometer Rheinland, Winter 2011

Hohe Bedeutung der Stromkosten für die Geschäftstätigkeit

Bei den produzierenden Unternehmen, die sich an der Energieumfrage der IHK Köln beteiligt haben, wird der Energieeinsatz erwartungsgemäß durch den Stromverbrauch dominiert. Etwa 60 Prozent des Energiebedarfes wird derzeit durch Strom gedeckt. Der Stromeinsatz variiert erwartungsgemäß stark zwischen den einzelnen Branchen aber auch zwischen den Betrieben innerhalb einer Branche. Das Druckgewerbe, Teile der Elektroindustrie, des Maschinenbaus und der Bauwirtschaft setzen ausschließlich Strom ein. Für Teile der chemischen Industrie, der Papierverarbeitung und der Metallverarbeitung spielt Strom dagegen eine eher untergeordnete Rolle.

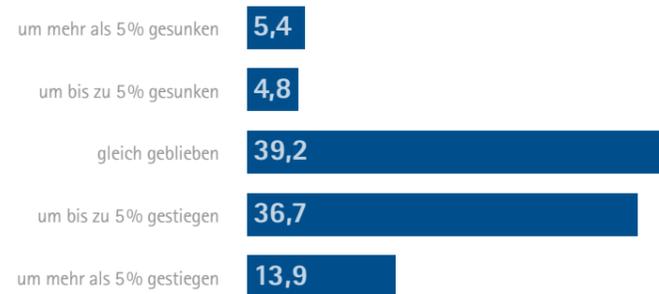
Entsprechend unterschiedlich fällt die Bedeutung der Stromkosten für die Gesamtkosten der Unternehmen aus. Mit 71,1 Prozent gibt der überwiegende Teil der befragten Unternehmen an, dass die Stromkosten nicht mehr als fünf Prozent ihrer Gesamtkosten ausmachen. Bei 22 Prozent der befragten Unternehmen erreichen die Stromkosten fünf bis zehn Prozent der Gesamtkosten. Bei 6,9 Prozent übersteigen die Stromkosten zehn Prozent der Gesamtkosten.

„Es herrscht zu wenig Transparenz im Bereich der Energie-/Strom-Steuerrückerstattungen. Viele Unternehmer wissen nicht, dass es diese Möglichkeiten gibt, weil es zu wenig kommuniziert wird. Hier sollte die Bundesregierung besser informieren und die Antragstellung vereinfachen.“

Wilhelm Willpütz, Prokurist der W. Willpütz Kunststoffverarbeitungs GmbH, Köln

Branchenübergreifend gewinnt der Einsatz von Strom in der Industrie an Bedeutung. Bei über der Hälfte der befragten Unternehmen sind die Stromkosten in den letzten fünf Jahren überproportional angestiegen. Bei 36,7 Prozent wuchs der Anteil der Stromkosten an allen Kosten um mindestens fünf Prozent. Bei 13,9 Prozent der befragten Unternehmen stieg der Anteil sogar um mehr als fünf Prozent an. Damit stiegen die Stromkosten stärker als die der Gesamtproduktion. Den Unternehmen ist es nicht gelungen, die steigenden Stromkosten zu substituieren.

Wie hat sich der Anteil der Stromkosten an den Gesamtkosten in den letzten fünf Jahren entwickelt? (in %)



Quelle: Energieumfrage der IHK Köln, Winter 2011

Als dynamischer Kostenfaktor entwickeln die Stromkosten gerade in Unternehmen in einem intensiven Wettbewerbsumfeld hohen Druck auf die Gewinnmargen. Lediglich rund zehn Prozent der Unternehmen konnten den Stromkostenanteil an den Gesamtkosten reduzieren.

Der Anstieg des Stromkostenanteils lässt sich sowohl auf den Preisanstieg als auch auf einen steigenden Verbrauch zurückführen. In 41,2 Prozent der befragten Unternehmen ist der Stromverbrauch in den letzten fünf Jahren gestiegen. 44,6 Prozent der Betriebe konnten den Stromverbrauch konstant halten. Nur 14,1 Prozent der Industrieunternehmen setzen weniger Strom ein als noch vor fünf Jahren.

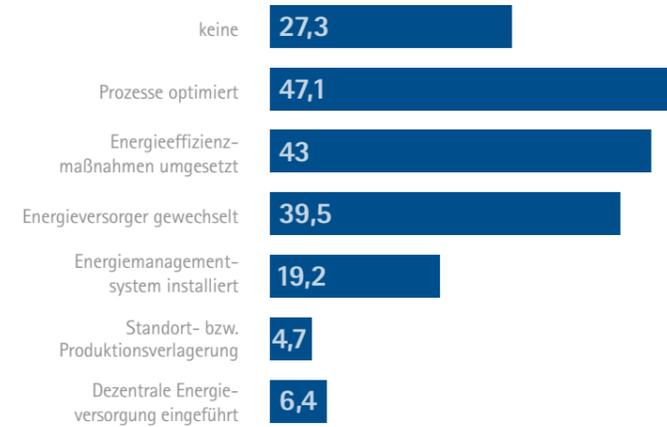
Noch größer war der Einfluss der Preisentwicklung für Strom auf die Gesamtkosten in den letzten fünf Jahren. 41 Prozent der befragten Unternehmen sahen sich Preissteigerungen für Strom von über fünf Prozent ausgesetzt. Weitere 34,7 Prozent der Unternehmen berichten von einem Anstieg der Strompreise von bis zu fünf Prozent. Nur 12 Prozent der Unternehmen zahlen derzeit weniger für eine Kilowattstunde Strom als noch vor fünf Jahren. Bei den übrigen Unternehmen hat sich der Strompreis nicht verändert.

Damit sind etwa zwei Drittel des Anstiegs der Stromkosten nicht betriebsbedingt erfolgt, sondern allein auf den Preisanstieg zurückzuführen. Diesem Kostenanstieg steht folglich keine höhere Produktion als Ausgleich gegenüber. In der Industrie hat die Bedeutung der Stromkosten in den vergangenen fünf Jahren unabhängig vom Verbrauch deutlich zugenommen.

Unternehmen optimieren Stromeinsatz

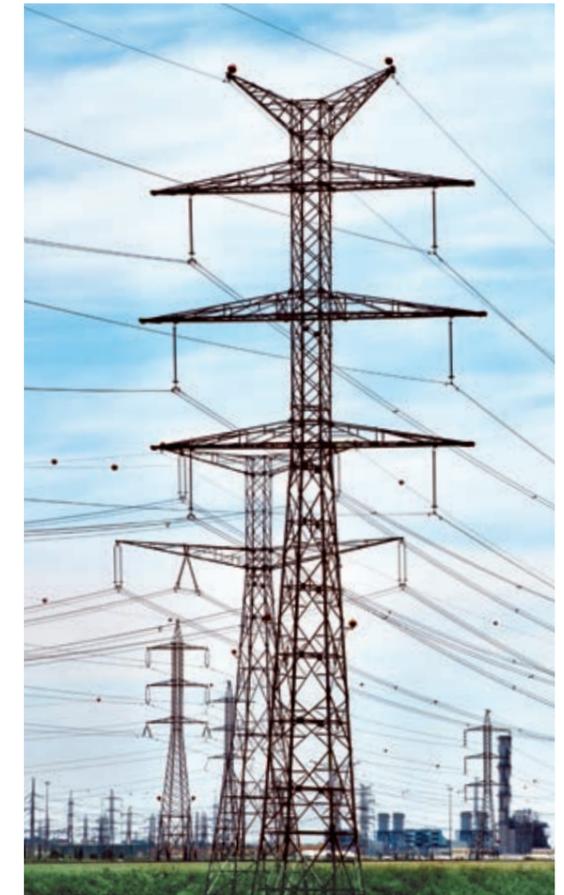
Auch wenn der Großteil des Kostenanstiegs nicht betriebsbedingt ist, stehen die produzierenden Unternehmen dem Strompreisanstieg keineswegs tatenlos gegenüber. Der Großteil der befragten Unternehmen hat ein regelmäßiges Controlling seiner Stromkosten eingeführt. Jedes dritte Unternehmen überprüft jeden Monat (25,6 Prozent) oder zumindest vierteljährlich (7,4 Prozent) die Entwicklung seiner Stromkosten. Etwa die Hälfte der Unternehmen (48,9 Prozent) kontrolliert einmal im Jahr, weitere 10,2 Prozent immerhin alle zwei Jahre. Lediglich acht Prozent der Unternehmen ergreifen keine Aktivitäten zum Controlling der Stromkosten.

Welche Maßnahmen haben Sie in den letzten 5 Jahren umgesetzt bzw. sind geplant, um die Strompreisentwicklung innerbetrieblich aufzufangen? (in %)



Quelle: Energieumfrage der IHK Köln, Winter 2011

Drei Viertel der antwortenden Unternehmen (73 Prozent) haben in den vergangenen Jahren erste Maßnahmen zur Reduktion der Stromkosten ergriffen. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag dabei auf der Optimierung der betrieblichen Prozesse. 47,1 Prozent der Unternehmen haben ihre Produktionsabläufe hinsichtlich des Stromeinsatzes optimiert, etwa in dem sie große Verbraucher zeitversetzt anfahren, um Spitzen zu vermeiden oder um Leerlaufzeiten zu reduzieren.



Fast ebenso viele Unternehmen haben Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz ergriffen (43 Prozent). Hierunter fallen Investitionen in einen effizienteren Maschinenpark genauso wie Maßnahmen zur Wärmerückgewinnung oder zur Reduzierung von Druckluftleckagen. Viele Unternehmen investieren zudem in ihre Beleuchtungskonzepte. Hier reichen die Maßnahmen vom Einsatz von LED-Röhren über eine Kürzung der Nachtbeleuchtung, eine tageslichtabhängige Hallenbeleuchtung bis hin zum Einsatz von Bewegungsmeldern und Zeitschaltuhren. Unter anderem durch den Einsatz externer Energieberater haben viele Unternehmen ihre Mitarbeiter für Einsparmöglichkeiten beim Stromeinsatz sensibilisiert. Bei rund 40 Prozent der Unternehmen hat die Überprüfung der Stromkosten zum Wechsel des Energieversorgers geführt.



Einige Unternehmen haben bereits erste Erfahrungen mit der Installation von Anlagen zur Kraftwärmekopplung oder auch mit Photovoltaik- oder Windkraftanlagen gemacht. Die Einführung von Energiemanagementsystemen (19,2 Prozent) und der Aufbau einer eigenen dezentralen Energieversorgung (6,4 Prozent) spielen vor allem für die Planungen der kommenden Jahre eine größere Rolle. Bislang hat der Stromkostenanstieg nur in wenigen Fällen zur Verlagerung von Standorten oder Produktionsanlagen ins Ausland geführt (6,4 Prozent).

Der Erfolg der durchgeführten Maßnahmen bleibt allerdings begrenzt. Etwa 70 Prozent der Unternehmen geben an, dass sie mit den ergriffenen Maßnahmen lediglich bis zu fünf Prozent ihrer Strommengen einsparen konnten. Knapp ein Viertel (23 Prozent) konnten immerhin bis zu zehn Prozent ihres Stromverbrauchs reduzieren. Nur etwa fünf Prozent der befragten Unternehmen gelang es, durch geeignete Maßnahmen mehr als zehn Prozent ihrer

Strommengen einzusparen. Dem Potenzial für Energieeinsparungen sind in vielen Unternehmen auch in Zukunft enge Grenzen gesetzt. Viele der einfachen Projekte sind bereits umgesetzt. Weitere umfassendere Maßnahmen übersteigen häufig den Handlungsspielraum vor allem der kleineren Unternehmen.

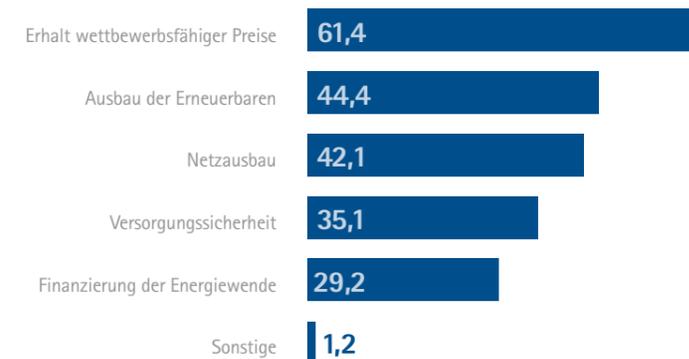
Der Anstieg der Stromkosten trifft, wie die Umfrage zeigt, vor allem die kleineren Unternehmen. Die Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten haben häufig Probleme, auf die Entwicklung der Strompreise zu reagieren. Wie die Umfrage ergibt, überprüfen sie ihre Stromkosten seltener und setzen tendenziell weniger Maßnahmen um. Viele der kleineren Unternehmen sind zudem bislang gar nicht aktiv geworden. Die größeren Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten haben dagegen alle ihre Stromkosten im Blick und auch bereits Maßnahmen ergriffen.

Häufig fehlt es den kleineren Unternehmen an dem notwendigen Know-how und der Kapazität, um ein regelmäßiges Controlling ihrer Stromkosten aufzubauen und Maßnahmen zur Energieeinsparung zu ergreifen. Daher reagieren sie nur selten auf den Kostenanstieg und verlieren so weiter an Wettbewerbsfähigkeit. Ohne ein Gegensteuern wird der Anstieg der Stromkosten daher den Strukturwandel auch in der IHK Region Köln weiter verschärfen.

„Um den Strom- und Ressourcenverbrauch zu senken, sollten zunächst Effizienzsteigerungen sowohl bei dem Verbraucher, als auch bei dem Stromerzeuger erfolgen. Meiner Ansicht nach sollten wir alle technologischen Errungenschaften nutzen, um die effizienteste und dabei auch ökologisch nachhaltigste Stromerzeugung zu erbringen. Dabei sollten auch durch die Politik Anreize geschaffen werden, um den wirtschaftlichen Nutzen für kleine und mittlere Unternehmen zu gewährleisten. Ein Erfolg ist nur garantiert, wenn Wirtschaft und Politik Hand in Hand zusammenarbeiten, um dieses große Vorhaben voran zu treiben.“

Tanja Hilberg, Geschäftsführerin der Glock-Druck GmbH, Köln

Wo sehen Sie die größten Herausforderungen für die Energieversorgung in den nächsten Jahren? (in %)



Quelle: Energieumfrage der IHK Köln, Winter 2011

Energiewende als Kostentreiber

Für die kommenden Jahre stellen sich die Industrieunternehmen mehrheitlich auf weiter steigende Strompreise ein. Allein als Folge der Energiewende rechnen 88,5 Prozent der befragten Unternehmen mit einem erneuten Preisanstieg. Dabei stellt sich die Mehrheit auf erhebliche Preissteigerungen ein. Etwa die Hälfte der Unternehmen erwartet, dass die Strompreise in den kommenden fünf Jahren um bis zu zehn Prozent ansteigen werden. Ein weiteres Fünftel (22,8 Prozent) geht sogar von einem Anstieg der Strompreise von bis

zu 20 Prozent aus. Immerhin 6,9 Prozent halten sogar einen Anstieg von über 20 Prozent für möglich. Optimistischer sind lediglich 20,9 Prozent der Unternehmen. Aber auch diese fürchten einen Preisanstieg als Folge der Energiewende von immerhin noch bis zu fünf Prozent.

Die Versorgungssicherheit stellen die meisten Unternehmen dagegen nicht in Frage. 76 Prozent der befragten Unternehmen hegen keine Zweifel, dass die Stromversorgung auch in Zukunft ohne Qualitätseinbußen gesichert bleibt. Nur 6,9 Prozent der Unternehmen stellen die umfassende Gewährleistung der Stromversorgung explizit in Frage.

Als Hauptforderung an die Politik formulieren die Industrieunternehmen der IHK Köln daher auch den Erhalt wettbewerbsfähiger Strompreise. 61,4 Prozent der Unternehmen sehen hier die entscheidende Herausforderung und das entscheidende Handlungsfeld zum Erhalt ihrer eigenen und der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland in den kommenden Jahren. Große Sorgen bereitet die Preisentwicklung vor allem den größeren Unternehmen.

Zweifel hat rund die Hälfte der Unternehmen, ob der Ausbau der erneuerbaren Energien (44,4 Prozent) und der benötigten Netzinfrastruktur (42,1 Prozent) in den erforderlichen Zeiträumen realisiert werden kann. Auch wenn der Großteil der Unternehmen weiter auf eine sichere Versorgung vertraut, so glauben dennoch 35 Prozent der Unternehmen, dass die Aufrechterhaltung einer stabilen Versorgung nur mit weiteren Anstrengungen erreicht werden kann. Immerhin noch 29,2 Prozent der antwortenden Unternehmen fürchten zudem weitere Finanzierungslasten durch die Energiewende.

Die Stimmen der Industrie



Carl-Martin Welcker,
Geschäftsführer

Alfred H. Schütte GmbH & Co. KG, Köln

- **Wie es ist:** Derzeit verhandeln wir unsere Stromverträge für 2013 bis 2015. Durch einen mittelfristigen Abschluss machen wir unsere Energiekosten planbar. Unsere strombetriebenen Produkte sind auf konstante Netzspannung angewiesen. Leider führen Spannungsschwankungen und kurze Stromunterbrechungen bei unseren Kunden zunehmend zum Ausfall unserer Anlagen. Netzfilter sind eine Lösung, die jedoch zusätzliche Kosten verursachen, die wir an unsere Kunden weitergeben müssen und die diese wiederum an die Endkunden weitergeben.
- **Was wir erwarten:** Aufgrund der Veränderung der Energieversorgung wird es vermehrt zu Spannungsschwankungen und Stromunterbrechungen kommen, wenn wir nicht ein vernünftiges Konzept entwickeln, wie wir mit den neuen Energie-Einspeisern umgehen. Auch wenn sich die Spannungsschwankungen oft innerhalb der vertraglich zugesicherten Schwankungsbreite bewegen, sind Spannungsschwankungen im Netz für elektronische Geräte schädlich. Der Energiemix der Zukunft muss daher auch darauf ausgerichtet sein, die bisherige Versorgungs- und Spannungsstabilität zu gewährleisten.
- **Wie wir reagieren:** Das Geheimnis im internationalen Wettbewerb sind stetige Innovationen und Produktivitätssteigerungen. Basis einer Industriegesellschaft ist eine qualitativ hochwertige Energieversorgung. Vor diesem Hintergrund setze ich mich dafür ein, dass auch mit der Energiewende die Qualität der Stromversorgung in Deutschland nicht unter das Niveau vor der Energiewende fällt. Deutschland wird durch die höheren Strompreise einen Wettbewerbsnachteil haben. Wenn dieser mit schlechter Stromqualität einhergeht, wird dies zwangsläufig unseren Industriestandort schädigen.



Tanja Hilberg,
Geschäftsführerin

Glock-Druck GmbH, Köln

- **Wie es ist:** Preissteigerungen können in unserer Branche kaum oder gar nicht an den Endkunden weitergegeben werden, diese Mehrbelastung der Energiekosten trägt unser Unternehmen. Die einzige Möglichkeit, diese Preissteigerungen zu kompensieren, erfordert eine Optimierung des gesamten betrieblichen Ablaufs wie Lagerumschlagshäufigkeit, Investitionen in die Anlagen und ein bewusster Umgang mit den Ressourcen durch unsere Mitarbeiter.
- **Was wir erwarten:** Den Ansatz der Energiewende, den Energiemix zu verändern, unterstützen wir. Allerdings muss dieses Vorhaben (zumindest) europaweit umgesetzt werden und kein nationaler Alleingang sein. In einem Europäischen Energiebinnenmarkt führen Energiekosten nicht zu Wettbewerbsverzerrungen. Nur durch eine große Energiewende können wir uns in Europa vor atomaren Katastrophen durch Kernkraftwerke schützen, zumal auch das Problem der atomaren Endlagerung nicht geklärt ist.
- **Wie wir reagieren:** Neuinvestitionen im Maschinenbereich waren in den letzten Jahren zu kostenintensiv. Wir haben allerdings unsere Mitarbeiter sensibilisiert, Energie sinnvoll ein- und umzusetzen und arbeiten daran, unsere betrieblichen Abläufe jeden Tag zu optimieren.



Dr. Patrick Giefers,
Geschäftsführer

INEOS Köln GmbH, Köln

- **Wie es ist:** Das Rheinland ist die größte Chemieregion Europas. Sie trägt mit 57 Prozent zum Gesamtumsatz der chemischen Industrie im Land Nordrhein-Westfalen bei, dies entspricht 20 Prozent des gesamten deutschen Chemieumsatzes. INEOS gehört zu den größten Chemieunternehmen weltweit und Köln zu den größten Standorten der INEOS. Nach den Rohstoffen nimmt Energie den größten Teil unserer Kosten ein. Durch das komplizierte Handelssystem mit CO₂-Zertifikaten ist ein enormer bürokratischer Aufwand entstanden, der Ressourcen in den Unternehmen bindet. Zudem droht bei einer weiteren Verknappung der CO₂-Zertifikate in Kombination mit den Kosten für die Energiewende eine signifikante Verteuerung der Energie am Standort Deutschland. Dies führt bei dem augenblicklich vorgegebenen Tempo dazu, dass Deutschland auf einigen Gebieten nicht mehr wettbewerbsfähig sein wird und Teile der Industrie ins Ausland verlagert werden – obwohl Deutschland Spitzenreiter bei Umweltstandards und der Produktionseffizienz ist. Aus ökologischer Sicht ist das eine Verschlechterung!
- **Was wir erwarten:** Wir müssen auf die weitgehende Energiesteuerbefreiung für energieintensive Industriebetriebe vertrauen können. Nur dann sind wir in der Lage, im europäischen und internationalen Wettbewerb zu bestehen. INEOS in Köln benötigt verlässliche Rahmenbedingungen im Bereich der Energiekosten, um bereit zu sein, auch zukünftig Investitionen in den Standort Köln vorzunehmen.
- **Wie wir reagieren:** Wir überprüfen unsere Anlagen seit Jahren auf energieeffiziente Produktion, auch um die gewachsene Infrastruktur für INEOS in Köln zu erhalten und optimal an die sich ändernden Rahmenbedingungen anzupassen. Zusätzlich haben wir ein Energiemanagementsystem eingeführt, dessen unabhängige Zertifizierung für dieses Jahr geplant ist. Ebenso widmen wir uns seit einigen Jahren dem gezielten Energieeinkauf, um unsere Kosten zu optimieren. Dennoch müssen steigende Energiekosten durch Fixkostensenkungen kompensiert werden.



Helmut Weiher,
Geschäftsführer

InfraServ GmbH & Co. Knapsack KG, Hürth

- **Wie es ist:** Strom hat einen Anteil von ca. 80 Prozent am Energieverbrauch der InfraServ GmbH & Co. Knapsack KG. Mit ca. zehn Prozent Energiekosten an den Gesamtkosten sind wir energieintensiv. Die Entwicklung der Energiepreise und -märkte hat uns schon 2002 dazu veranlasst, zusammen mit der E.ON mehr als 100 Millionen Euro in eine eigene Energieerzeugung im Chemiepark Knapsack zu investieren. Mit diesem Ersatzbrennstoffkraftwerk produzieren wir seit 2008 ausschließlich für die eigene Stromversorgung. Das macht uns unabhängiger und dient der langfristigen Standortsicherung.
- **Was wir erwarten:** Aufgrund des Ausstiegs aus der Kernenergie werden die Strompreise deutlich steigen. Die staatlich induzierten Energiepreissteigerungen gehören auf den Prüfstand, um die Wirtschaft nicht noch weiter zu belasten. Zur Reduzierung der CO₂-Emissionen bei der konventionellen Stromerzeugung sind politische Rahmenbedingungen notwendig, die Carbon Capture and Storage (CCS) sowie Carbon Capture and Usage (CCU) als Pilot-Anlagen und dann im industriellen Maßstab ermöglichen. Bei diesen innovativen Lösungen müssen wir international die Technologieführerschaft übernehmen.
- **Wie wir reagieren:** Zahlreiche Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz gehören bereits seit Jahren ebenso in unser Portfolio wie ein Energiemanagementsystem. Ohne die Härtefallregelung für energieintensive Unternehmen ist der Industriestandort Deutschland für viele Unternehmen nicht mehr attraktiv. Es besteht die Gefahr, dass dieser Prozess sich schleichend vollzieht und den Standort substantiell schwächen wird.



Willibert Krüger,
Geschäftsführender
Gesellschafter

Krüger GmbH & Co. KG, Bergisch Gladbach

- **Wie es ist:** Die Energiekosten sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Produktion und Logistik sind für mich in Deutschland auf qualitativ höchstem Niveau. Nur über Skaleneffekte und Massenproduktion sind wir in der Lage, die steigenden Kosten zu kompensieren. Auch die eigene Energieerzeugung gewinnt an Bedeutung. Mit dem Bau eines Blockheizkraftwerkes (Herstellkosten 3,5 Millionen Euro) erzielen wir eine jährliche Einsparung von 1,2 Millionen Euro. Das ist betrieblich eine attraktive Investition, die allerdings mit meinem Kerngeschäft wenig zu tun hat.
- **Was wir erwarten:** Der Industriestandort Deutschland wird sich durch die politische Entscheidung „Energiewende“ enorm verteuern. Diese Kosten müssen im Wettbewerb kompensiert werden, insbesondere gegenüber Ländern, die weiterhin auf Kernenergie setzen und geringere staatliche Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien zahlen. Jeder Arbeitsplatz, den wir zukünftig aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen optimieren müssen (Neu- und Ersatzinvestitionen), ist auch ein Verlust für die Region.
- **Wie wir reagieren:** Der enorme Kostendruck zwingt uns zu Innovationen und Produktivitätssteigerungen. Eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung gehört ebenso zu einer zukunftsfähigen Infrastruktur wie wirtschaftsfreundliche Verkehrs- und Logistikkonzepte. Das ist die Chance, den Industriestandort zu erhalten. Standortverlagerungen sind für mich keine Lösung!



Frank Lessing,
Geschäftsführer

Klaus Kuhn Edelstahlgießerei GmbH, Radevormwald

- **Wie es ist:** In unserer Branche ist ein hoher Stromverbrauch unvermeidlich, so dass wir die Möglichkeit haben, teilweise Steuerrückerstattungen in Anspruch zu nehmen. Hierbei fällt aber auf, dass die Antragstellung kompliziert ist und letztendlich viel Zeit vergeht, bis die Rückerstattung erfolgt. Das bedeutet für uns unnötige Bürokratie, zusätzlichen Personalaufwand und gebundenes Kapital. Die Unternehmer werden in diesen Verfahren kaum unterstützt. Warum wird überhaupt eine Antragstellung benötigt?
- **Was wir erwarten:** Für den nationalen Wettbewerb ist ein gut ausgehandelter Strompreis wichtig, aber im internationalen Vergleich, zum Beispiel Frankreich, sind unsere Energiepreise nicht mehr wettbewerbsfähig. Der Kunde orientiert sich schließlich am Endpreis, den er für ein Produkt zahlen muss. Hier sind die deutschen Unternehmer eindeutig im Nachteil. Um international wettbewerbsfähig bleiben zu können, erwarten wir energiepolitische Rahmenbedingungen, die uns dies am Standort Radevormwald ermöglichen.
- **Wie wir reagieren:** In unserer Produktion sind Effizienzsteigerungen kaum noch möglich. Wir haben bereits vor vielen Jahren ein Lastmanagement eingeführt, um unsere Stromspitzen besser zu kontrollieren. Da wir glauben, dass Steuerrückerstattungen zukünftig kaum noch ohne ein zertifiziertes Energiemanagementsystem zu erhalten sind, planen wir derzeit die Einführung.



Fred Arnulf Busen,
Geschäftsführer

Polytron Kunststofftechnik GmbH & Co. KG, Bergisch Gladbach

- **Wie es ist:** Die Spezialprodukte meines Unternehmens produziere ich zu 100 Prozent mit Strom. Die Strompreise haben sich in den letzten fünf Jahren fast verdoppelt. Auch wenn der Stromkostenanteil an den Produktionskosten nur 1–2 Prozent ausmacht, so ist das am Ende des Jahres ein ganzer Arbeitsplatz!
- **Was wir erwarten:** Gerade kleine und mittlere Unternehmen haben kaum Einfluss auf energiepolitische Entscheidungen. Die strukturellen Anpassungen an die steigenden Energiepreise werden sich bei uns schleichend vollziehen: Neuinvestitionen bleiben aus, internationale Aufträge halten den Nachbarländern nicht Stand, Arbeitsplätze werden nicht nachbesetzt. Die IHK als Interessenvertreter der Wirtschaft ist gefordert, sich für eine wettbewerbsfähige und sichere Energieversorgung einzusetzen, um die wirtschaftsfreundlichen Standortbedingungen weiter zu erhalten. Im internationalen Wettbewerb müssen gleiche Bedingungen herrschen, damit Investitionen am Standort lohnend bleiben.
- **Wie wir reagieren:** Seit 2000 sind Stromverbrauch- und kosten auf der Agenda einer jeden Besprechung mit der Folge, auch einmal den Energieanbieter zu wechseln. Wir optimieren unseren Stromverbrauch durch die Anschaffung energieeffizienter Maschinen, der Nutzung von Abwärme und durch die konsequente Abschaltung von Kleinstverbrauchern. Um Energiekosten zu sparen, haben wir in den letzten Jahren begonnen, unsere Gebäude neu zu dämmen, und werden das Projekt im ersten Quartal dieses Jahres mit der Neueindeckung einer 1.200 qm-Halle abschließen. Diese insgesamt ca. 400.000 Euro sind indirekte betriebliche Zusatzkosten, die eigentlich in die Position „Energiekosten“ eingerechnet werden müssten.



Wilhelm Willpütz,
Prokurist

W. Willpütz Kunststoffverarbeitungs GmbH, Köln

- **Wie es ist:** Mit ca. 30.000 Euro pro Monat sind die Energiekosten ein erheblicher Faktor auch in unserem Unternehmen. Nach der Liberalisierung der Strommärkte sanken die Preise zwar zunächst, haben sich dann aber schnell wieder angepasst und sind jetzt weitaus höher als zuvor. In den letzten Jahren sind die Energiepreise um 50 Prozent gestiegen. Strom wird heute nicht mehr nur nach den Erzeugungskosten abgerechnet, Strom ist zur Handelsware geworden.
- **Was wir erwarten:** Aus meiner Sicht ist die Energiewende übereilt beschlossen worden. Auch wenn ich den Ausstieg aus der Kernenergie persönlich unterstütze, sollten die Ersatz-Energieerzeuger ausreichend etabliert und wettbewerbsfähig sein. Die Versorgungssicherheit für die Wirtschaft muss zu jedem Zeitpunkt gewährleistet sein. Erst dann dürfen die Kernkraftwerke schrittweise abgeschaltet werden. Der schnelle Ausstieg wird den Strom weiter verteuern und die Versorgungssicherheit durch die Netzbelastung ist bisher auch unklar.
- **Wie wir reagieren:** Um unsere Stromkosten einzudämmen, haben wir neue Maschinen angeschafft. Neben dem geringeren Stromverbrauch arbeiten diese Maschinen schneller als die alten. Zudem zwingen uns die steigenden Preise dazu, unseren Stromeinkauf zu optimieren. Heute lassen wir unseren Strom durch einen Experten einkaufen.

Die Stimmen der Energieversorger



Dr. Dieter Steinkamp,
Vorstandsvorsitzender

RheinEnergie AG, Köln

- **Wie es ist:** Die RheinEnergie AG als Energieerzeuger, Verteilnetzbetreiber und Energiedienstleister sieht ihre zentrale Rolle darin, zur Netzstabilität beizutragen und eine sichere Energieversorgung zu gewährleisten. Aufgrund der ortsnahen Lage unserer eigenen Anlagen lässt sich auch die Wärme nutzen: Auf Basis von Erdgas erzeugen wir Strom und Wärme gleichzeitig. Das ist hocheffizient und führt bei unseren Anlagen zu einem Wirkungsgrad von bis zu 90 Prozent. Als mittelständisches regionales Stadtwerk im mehrheitlich kommunalen Besitz müssen wir ebenso wettbewerbsfähig sein wie die großen Versorger, um im Markt zu bestehen.
- **Was wir erwarten:** Den Gesetzen der Energiewende müssen konkrete Planungen folgen. Dazu gehört auch, dass die erneuerbare Energie schnell in ein Marktmodell überführt wird und sich dem Wettbewerb stellt. Viele Unternehmen werden verstärkt dezentrale Lösungen zur Energieerzeugung suchen, um ihre Energiekosten zu reduzieren. Wir sind seit Jahren beim Aufbau solcher dezentraler Lösungen behilflich, beispielsweise bei Ford und der Deutz AG. Das Contracting ist ein gutes Modell zum Aufbau dezentraler Versorgungsstrukturen.
- **Wie wir reagieren:** Die Energiekosten werden aufgrund veränderter politischer Rahmenbedingungen und steigender staatlicher Belastungen weiter steigen. Umso wichtiger ist es, dass wir Dienstleistungen anbieten, die unseren Kunden helfen, ihren Energieverbrauch zu optimieren. Denn Energie muss für die Kunden bezahlbar bleiben. Wir analysieren den Bedarf der Kunden und finden gemeinsam technische Lösungen: von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen über Lastmanagement bis zum Einsatz von Smart Metering. Ebenso bieten wir Unternehmen Kostencoachings und Beratungen zum Energieeinkauf an. Viele neue Techniken befinden sich noch in der Forschungsphase. Die Brennstoffzelle ist beispielsweise noch nicht marktfähig. Bei uns laufen zahlreiche Forschungsvorhaben und Pilotprojekte etwa zur Elektromobilität auf Hochtouren, um die Zukunft der Energie aktiv mitzugestalten.



Dr. Johannes F. Lambertz,
Vorstandsvorsitzender

RWE Power AG, Köln und Essen

- **Wie es ist:** Das größte Braunkohlevorkommen Europas liegt im Rheinland. Für die Region ist die Braunkohle ein wertvoller Rohstoff, der seit Jahrzehnten zur sicheren Energieversorgung und zur Bruttowertschöpfung beiträgt. Wechselnde energie- und klimapolitische Rahmenbedingungen verändern die Anforderungen an die Stromerzeugung permanent: Diesen Herausforderungen stellt sich die RWE Power. Ziel ist, die rheinische Braunkohle mit modernster Technologie nicht nur klimafreundlicher, sondern auch zu einem flexiblen Partner der erneuerbaren Energie zu machen, damit dieser subventionsfreie Energieträger noch lange zu einer sicheren und stabilen Energieversorgung für NRW und Deutschland beitragen kann.
- **Was wir erwarten:** Die politische Entscheidung, die erneuerbaren Energien sehr schnell auszubauen, führt zwangsläufig zu der Frage: Welche Energieträger sollen in Zukunft als Ersatz- oder Reservekraftwerke eingesetzt werden? Die Kernenergie scheidet aus, der Preis für Steinkohle ist enorm von der Weltkonjunktur abhängig, Gas führt, wie wir in diesem Winter wieder erleben, zu hoher Importabhängigkeit, auch bleiben nur 15 Prozent der Wertschöpfung im Land. In dieser Konstellation bietet die Braunkohle deutliche Vorteile: Wir haben im Rheinland große Vorräte, ihr Preis ist unabhängig vom Weltmarkt und sie schafft Arbeitsplätze hier vor Ort. Über 30.000, wenn man die Effekte bei RWE Power und den Zulieferfirmen insgesamt betrachtet. Klar ist: Ihre CO₂-Emissionen müssen sinken. Denn die Reduzierung klimarelevanter Emissionen ist unabdingbare Voraussetzung, um den Temperaturanstieg auf 2 Grad Celsius zu begrenzen. Die technologischen und rechtlichen Rahmenbedingungen sollten aber so ausgestaltet sein, dass alle Optionen zur Reduzierung von CO₂-Emissionen erforscht und industrielle Anwendung finden können.
- **Wie wir reagieren:** Wir modernisieren unsere Braunkohlekraftwerke konsequent, um alle Möglichkeiten zur CO₂-Minderung zu nutzen und die Wirkungsgrade zu erhöhen. Ein Beispiel: Das modernste Braunkohlekraftwerk der Welt

produziert in Niederaußem Strom mit einem Wirkungsgrad von 42 Prozent. Mit dem dort geplanten Kraftwerk werden wir sogar über 45 Prozent erzielen. Anderes Beispiel: In unseren Forschungs- und Entwicklungsprojekten bringen wir neue Technologien für eine klimafreundlichere Braunkohleverstromung voran. Dazu gehören etwa CCS- und CCU-Technologien, um CO₂ abzuscheiden und zu lagern bzw. einer Nutzung zuzuführen. So wollen wir die Braunkohle zukunftsfest machen.

Zur Umfrage

Die Energieumfrage fand von September bis November 2011 bei 4.200 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes der IHK Region Köln statt. In die Auswertung sind die Antworten von 213 Unternehmen eingeflossen. Mit einer Rücklaufquote von etwa fünf Prozent gibt die Auswertung ein realistisches Meinungsbild über die Bedeutung der Stromkosten für die Industrieunternehmen in der IHK Region Köln. Die Region der IHK Köln umfasst neben den Städten Köln und Leverkusen den Rhein-Erft-Kreis, den Rheinisch-Bergischen Kreis und den Oberbergischen Kreis.

Die Antworten stammen zum überwiegenden Teil von kleinen und mittleren Unternehmen. Mehr als zwei Drittel der antwortenden Unternehmen (68 Prozent) haben weniger als 50 Beschäftigte, weitere 18 Prozent beschäftigen zwischen 50 und 250 Mitarbeiter. Lediglich sieben Prozent der Antworten stammen von großen Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten. Der Jahresumsatz von fast drei Vierteln der antwortenden Unternehmen (72 Prozent) liegt unter 10 Millionen Euro, neun Prozent erwirtschaften einen Jahresumsatz von mehr als 50 Millionen Euro. Damit sind im Vergleich zu allen Betrieben des verarbeitenden Gewerbes in der IHK Region Köln die kleineren Unternehmen in der Umfrage etwas stärker repräsentiert.

Bei den befragten Unternehmen handelt es sich keineswegs um energieintensive Unternehmen. Gerade unter den kleineren Unternehmen finden sich viele, die nur eine geringe Menge Strom im Jahr einsetzen. So geben 20 Prozent der Unternehmen an, weniger als 10.000 kWh Strom pro Jahr zu benötigen, weitere 25 Prozent haben einen Stromverbrauch von bis zu 100.000 kWh im Jahr. Bei etwa jedem dritten Unternehmen liegt der Stromeinsatz bei bis zu 1 Million kWh. Nur 23 Prozent der antwortenden Unternehmen haben einen Stromverbrauch von mehr als 1 Million kWh pro Jahr und sind damit zu den stromintensiven Unternehmen zu rechnen. Auch der vergleichsweise geringe Anteil der Stromkosten an den Gesamtkosten (vgl. S. 16) verdeutlicht, dass in der Umfrage die stromintensiven Unternehmen in der Minderzahl bleiben.



Industrie- und Handelskammer
zu Köln